

Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie:

Vorschlag für mehr demokratischen Einfluss auf große Unternehmen und die Wirtschaft

Der Kern dieses Vorschlags:

In großen Unternehmen wird der Aufsichtsrat, der den Vorstand wählt und kontrolliert, gewählt von 3 Gruppen:

Anteilseignern, Arbeitnehmern und der **Bevölkerung**.

Keine Gruppe dominiert die anderen.

Ob ein Unternehmen groß genug ist für diese Mitbestimmung, hängt nicht nur von einer Mindestanzahl von Arbeitnehmern ab, sondern auch von finanziellen Mindestwerten.

Ein Teil der Arbeitnehmer-Vertreter kann gewählt werden auch von Arbeitnehmern, die nicht im betreffenden Unternehmen arbeiten.

In "5.1 Europa" wird eine Einführungsphase dieser Mitbestimmung gezeigt, während der die Anteilseigner stärker sind.

1. Grundlegendes

1.1 Demokratie, Macht und Besitz

1.2 von 2 Gruppen auf 3 Gruppen

2. Auswirkungen dieses Vorschlags

2.1 im einzelnen Unternehmen

2.2 stärkerer demokratischer Einfluss auf die Wirtschaft regional, national und international

3. Größe eines Unternehmens

4. Wahlverfahren

4.1 Bevölkerung: Verteilung von 1/3 der Aufsichtsrats-Plätze durch sie

4.2 Arbeitnehmer: Verteilung von 1/3 der Aufsichtsrats-Plätze durch sie (+ Sonderfälle)

4.3 Anteilseigner: viele unterschiedliche Wahlverfahren möglich

4.4 Aufsichtsrats-Vorsitz

4.5 alternative und direktere Verfahren

5. Durchsetzung

5.1 Europa

5.2 Einkäufe durch Staat und private Kunden

5.3 Unternehmen aus Staaten ohne diese Mitbestimmung

Anhang:

A. Eigentum und Verfassung/Grundgesetz

B. zu 1.2 ("...existierenden Verfahren in deutschen Unternehmen,...")

C. Ergänzende Regelungen zu 4.1 (zum Wahlverfahren bei der Bevölkerung)

D. alternative und direktere Wahl- und Entscheidungsverfahren

E. ergänzende Punkte

1. Grundlegendes

1.1 Demokratie, Macht und Besitz

Die größtmögliche Freiheit möglichst vieler Menschen (unter Beachtung von Minderheits-Rechten!) braucht als Grundlage eine demokratische Gesellschafts-Struktur. Damit Demokratie gut funktioniert, muss die Gestaltungs-Macht der demokratischen Institutionen weitaus größer sein als die Macht Einzelner oder kleiner Gruppen durch Besitz. Diese Macht durch Besitz wird besonders durch große Unternehmen ausgeübt. Mit Wirtschaftsdemokratie kann solche Macht verringert werden.

[Zu Besitz/Eigentum siehe auch Anhang A.]

1.2 von 2 Gruppen auf 3 Gruppen

Für diesen Vorschlag gehe ich aus vom **existierenden Verfahren in deutschen Unternehmen, die mehr als 2000 Arbeitnehmer haben**: Der Aufsichtsrat (der den Vorstand wählt und kontrolliert) besteht dort je zur Hälfte aus Vertretern von Anteilseignern und Arbeitnehmern. Gibt es bei Abstimmungen Stimmgleichheit, so hat der Aufsichtsrats-Vorsitzende bei einer wiederholten Abstimmung zwei Stimmen; dies hat besonderes Gewicht, da die Anteilseigner diesen alleine bestimmen können und somit auch alleine Entscheidungen fällen können (z.B. alleine den Unternehmens-Vorstand wählen können).

[Mehr hierzu: siehe Anhang B.]

Der hier vorgestellte Vorschlag hat eine **dritte Gruppe**, die Mitglieder in den Aufsichtsrat wählen kann: die Bevölkerung. Keine Gruppe dominiert die anderen.

2. Auswirkungen dieses Vorschlags

2.1 im einzelnen Unternehmen

- Da es keine klaren Mehrheiten gibt, sind einseitige Positionen kaum durchzusetzen. Ob es z.B. um möglichst hohe Gewinne für die Anteilseigner geht oder um möglichst hohe Löhne für die Arbeitnehmer: Beide Interessen-Gruppen haben keine Mehrheit, um entsprechende Entscheidungen im Unternehmen allein zu fällen (denn sie haben nicht die Mehrheit, um den Vorstand des Unternehmens alleine zu wählen).
- Die Vertreter der Gruppe Bevölkerung können bei Konflikten zwischen Anteilseignern und Arbeitnehmern vermitteln.
- Wenn Anteilseigner und Arbeitnehmer sich einig sind, können Vertreter der Gruppe Bevölkerung nichts durchsetzen.
- Die Vertreter der Gruppe Bevölkerung sind vor allem ihren Wählern gegenüber verantwortlich. Deshalb spielen nun gesellschaftliche Interessen eine größere Rolle bei den Entscheidungen des Unternehmens.
- Durch den persönlichen Kontakt mit den Vertretern der Gruppe Bevölkerung und durch den Verlust der Mehrheit wird es auch für die Vertreter der Anteilseigner selbstverständlicher, sich mit Sozialem, Menschenrechten und Ökologie zu befassen.

2.2 stärkerer demokratischer Einfluss auf die Wirtschaft regional, national und international

a) Einige Punkte, die sowohl regional/national als auch international von Bedeutung sind:

- Politische Entscheidungsträger können nicht mehr so leicht von Anteilseignern unter Druck gesetzt werden. Zum Beispiel kann, um Druck zu machen für niedrige Unternehmens-Steuern, nicht mehr so leicht mit der Verlagerung von Betrieben gedroht werden, da dies nicht mehr allein durch Anteilseigner durchgesetzt wird.
- Durch die Einbeziehung finanzieller Werte bei der Anwendung dieser Mitbestimmung werden

auch Unternehmen berücksichtigt, die nur wenige Arbeitnehmer aber eine große Finanzkraft haben. So wird diese Mitbestimmung z.B. bei finanzstarken Holdings, Fonds-Gesellschaften und Banken auch dann angewendet, wenn diese Unternehmen nur wenige Arbeitnehmer haben.

- Lobbyismus: Die Interessen hinter dem Lobbyismus eines Unternehmens sind breiter, dadurch eher ausgewogener. (Außerdem: Künftig muss man wohl unterscheiden zwischen allgemeinen Unternehmens-Verbänden und Unternehmens-Verbänden die nur Anteilseigner vertreten.)
- Hochtechnologie-Unternehmen: Wenn es bei solchen Unternehmen viele Arbeitnehmer gibt,
 - die sich als Elite sehen, die weiß was für dem Rest der Menschheit gut ist,
 - oder denen die meisten Menschen egal sind,
 dann gibt es als Korrektiv:
 - die Bevölkerung als 3. Gruppe
 - und den Teil der Arbeitnehmer-Vertreter, der auch von Arbeitnehmern gewählt wird, die nicht im betreffenden Unternehmen arbeiten.
- Transparenz: Mehr gesellschaftliche Gruppen haben einen tieferen Einblick in Unternehmen. Gerade Aufsichtsrats-Vertreter der Gruppe Bevölkerung können es sich nicht leisten, Transparenz-Forderungen von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) nicht wichtig zu nehmen.
- Bei einzelnen Projekten eines Unternehmens wird es wahrscheinlicher, dass die Interessen von direkt betroffenen Gruppen und Personen angemessen berücksichtigt werden. Wenn die Vertreter der Gruppe Bevölkerung die betroffenen Gruppen nicht ausreichend beachten, dann verlieren sie Wähler.

b) Die Bevölkerung und ihre Stellvertreter haben Einfluss

- durch ihre Mitbestimmung in großen Unternehmen;
- durch die Verbindungen der Aufsichtsrats-Mitglieder der Gruppe Bevölkerung zu (politisch nahestehenden) Entscheidungsträgern aus anderen demokratischen Gremien und zu zivilgesellschaftlichen Gruppierungen;
- und durch die Zusammenarbeit vieler politischer Gruppierungen, die an dieser Mitbestimmung teilnehmen: Um die eigenen Interessen möglichst stark vertreten zu können (z.B. um Aufsichtsrats-Plätze bei den größten internationalen Unternehmen zu bekommen) müssen sich politische Gruppen zu internationalen politischen Gruppen zusammenschließen. Naheliegend sind hierzu Zusammenschlüsse entsprechend partei-politischer Gruppierungen wie z.B. Sozialisten/Sozialdemokraten, Konservative, Liberale, Grüne; es können aber auch internationale Zusammenschlüsse von anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen (NGOs) sinnvoll sein.

Wenn sich die größten dieser internationalen Gruppen auf gemeinsame Zielvorstellungen einigen können, dann kann über sie auch international oder global auf die Wirtschaft eingewirkt werden, z.B. bezüglich Sozialem, Menschenrechte, Ökologie, Steuern.

c) EU-Parlament: Politische Gruppierungen, die Macht durch Aufsichtsrats-Plätze der Gruppe Bevölkerung haben, können im EU-Parlament gleichgesinnte finden, mit denen gemeinsam gesellschaftlicher Einfluss ausgeübt werden kann. Außerhalb Europas ist ähnliches möglich.

d) Für Meinungsaustausch, Organisatorisches und gemeinsame Positionierung auf globaler Ebene wäre eine parlamentarische Versammlung sinnvoll. Es gibt ja eine Kampagne für ein Parlament bei den Vereinten Nationen (de.unpacampaign.org); dieses UN-Parlament hätte zunächst nur beratende Funktion (für einen Beschluss, dieses Parlament zu gründen, reicht eine 2/3-Mehrheit der UN-Generalversammlung). Aus einem Teil dieses UN-Parlaments könnte sich eine parlamentarische Versammlung bilden, die nur Abgeordnete aus Ländern hat, die an dieser Aufsichtsrats-Mitbestimmung teilnehmen. Ergänzend, um kleinen Staaten mehr Einfluss zu geben: Einige Abstimmungen könnten die Zustimmung eines Staaten-Gremiums benötigen (mit 1 Stimme

für jeden Staat).

- e) Über die Regierungen können die internationalen politischen Gruppen aus 2.2.b auch Einfluss ausüben auf internationale Wirtschafts-Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltbank und den Weltwährungsfonds (IWF/IMF). Außerdem: Auch der Druck und Einfluss großer Unternehmen auf die WTO (und andere Organisationen) und auf die WTO-Mitgliedsländer wird ja beeinflusst durch die internationalen politischen Gruppen aus 2.2.b bzw. die internationalen parlamentarischen Gremien aus 2.2.c und 2.2.d.
- f) Es wird eine wichtige Struktur geschaffen für die internationale Abstimmung der Gewerkschaften untereinander (vergleiche 4.2).
- g) Es entsteht eine internationale demokratische Machtstruktur, die weitgehend unabhängig von Staatsgrenzen ist.

3. Größe eines Unternehmens

Neben der Zahl der Arbeitnehmer gibt es finanzielle Kriterien für die Einführung dieser Mitbestimmung:

- Wert, Aktienwert, Umsatz, Bilanzsumme eines Unternehmens;
- besonders bei Finanz-Unternehmen: Höhe des für ihre Kunden verwalteten Vermögens.

Es sollte eine Abstufung bei der Mitbestimmung geben. Beispiel:

	große Unternehmen	mittelgroße Unternehmen
Stimmen-Verhältnis im Aufsichtsrat	$\frac{1}{3} : \frac{1}{3} : \frac{1}{3}$	$\frac{1}{2} : \frac{1}{4} : \frac{1}{4}$ ($\frac{1}{2}$ = Anteilseigner)
Arbeitnehmer	über 1000	100 bis 1000
finanzielle Werte	über A	1/10 A bis A

Um als großes oder mittelgroßes Unternehmen eingeordnet zu werden muss **entweder** die Zahl der Arbeitnehmer **oder** ein finanzieller Wert erreicht werden.

Auch wenn man für eine Verkleinerung der großen Unternehmen und Konzerne eintritt, ist diese Mitbestimmung sinnvoll:

- Das Stimmen-Verhältnis $\frac{1}{3} : \frac{1}{3} : \frac{1}{3}$ im Aufsichtsrat (+ Abschnitte 4.2 und 4.4) verhindert, dass das Unternehmen einem Konzern untergeordnet ist.
- Würde man zum Beispiel die großen Unternehmen aufteilen in Unternehmen, die nur noch ein 10tel der ursprünglichen Größe haben, dann wäre ein Teil dieser kleineren Unternehmen immer noch groß genug für die Mitbestimmung mit dem Stimmen-Verhältnis $\frac{1}{3} : \frac{1}{3} : \frac{1}{3}$ im Aufsichtsrat.

Bei finanziell und personell kleinen Unternehmen kann es in bestimmten Fällen ebenfalls sinnvoll sein, diese Mitbestimmung zu verwenden. Dabei können zumindest teilweise die gleichen Vertreter der Gruppe Bevölkerung für verschiedene Unternehmen gewählt werden, so als wäre die Wahl nur für 1 Aufsichtsrat. Anwendungs-Bereiche:

- Eine Gruppe von Unternehmen, an denen die gleiche Person oder Gruppe größere Anteile hat;
- eine Gruppe von Unternehmen, die offiziell unabhängig voneinander sind, aber unter einer gemeinsamen Corporate Identity auftreten;
- die verwendete Technologie oder das erzeugte Produkt eines Unternehmens ist mit besonderen Risiken verbunden.

Bei den ersten beiden Punkten können, um eine finanzielle oder personelle Schwelle zu überschreiten, die finanziellen Werte und die Arbeitnehmer dieser Unternehmen zusammengezählt werden.

4. Wahlverfahren

4.1 Bevölkerung: Verteilung von 1/3 der Aufsichtsrats-Plätze durch sie

Wo "Partei" steht ist gemeint "Partei oder politische Gruppe".

a) Jeder Staat kann selbst entscheiden, wer im eigenen Staat das Wahlrecht hat (obwohl die Stimmen auch international zählen):

- die Bürger direkt
- oder Vertreter der Bevölkerung auf kommunaler oder regionaler Ebene. Die Stimmen der Wähler werden dann danach gewichtet, wie viele Bürger auf einen Wahlberechtigten kommen.
Beispiel 1: In Deutschland könnten die Vertreter der Bevölkerung wahlberechtigt sein, die auf kommunaler Ebene gewählt wurden: für Landkreise, Städte oder Stadtteile.
Beispiel 2: Anstatt bestehende kommunale oder regionale Gremien zu nutzen: Zusammen mit der nationalen Parlamentswahl findet eine weitere Wahl statt, bei der auf kommunaler oder regionaler Ebene Personen gewählt werden, die an den Aufsichtsrats-Wahlen teilnehmen.
- Oder beides mit: je geringer die direkte Beteiligung der Bürger, desto mehr wiegt der Stimmenanteil ihrer Vertreter auf kommunaler oder regionaler Ebene.

Zusätzlich könnte ein fester Anteil der Stimmen an bestimmte Interessengruppen vergeben werden, z.B. für den Umweltschutz. Diesen Anteil könnte jeder Staat einzeln festlegen, allerdings innerhalb von international festgelegten Grenzen.

Beispiel: 70% der Stimmen sind allgemein von der Bevölkerung, 30% der Stimmen sind von Gruppen, Verbänden, Institutionen, die sich für Umweltschutz einsetzen.

b) Für den Aufsichtsrat eines Unternehmens gibt es Kandidaten-Listen mehrerer Parteien.

Möglich ist auch, dass mehrere Parteien zusammen eine gemeinsame Kandidaten-Liste machen.

c) Wahlberechtigte können ihre Stimmen gewichten. Und sie können maximal 25% ihrer Stimmen an 1 Aufsichtsrat geben.

Beispiel: Eine Wahlberechtigte hat 100 Stimmen. Sie kann diese Stimmen z.B. verteilen auf 4 Kandidaten (mit jeweils 25 Stimmen) in 4 Aufsichtsräten oder auf 100 Kandidaten (mit jeweils 1 Stimme) in 100 Aufsichtsräten. Oder sie kann im gleichen Aufsichtsrat 20 Stimmen an einen Kandidaten geben und 5 Stimmen an einen anderen.

d) Da für die Bevölkerung nur relativ wenige Plätze in einem Aufsichtsrat vergeben werden (z.B. nur 5 bei einem Aufsichtsrat mit 15 Mitgliedern): Nach einer ersten Berechnung der Sitz-Verteilung (mit Verhältniswahlrecht einzeln für jeden Aufsichtsrat, z.B. gemäß dem Verfahren Sainte-Laguë / Webster) ist eine Korrektur nötig, damit eine kleinere Partei, die weniger Aufsichtsrats-Plätze hat, als es ihrem Stimmenanteil entspricht (an den Stimmen für alle Aufsichtsräte), mehr Aufsichtsrats-Plätze bekommt.

Beispiel, vor der Korrektur: In allen Aufsichtsräten zusammen hat eine kleine Partei 2% der Aufsichtsrats-Plätze, ihr gesamter Stimmenanteil liegt aber bei 10%.

Eine Möglichkeit zur Korrektur ist in Anhang C.1 genannt.

e) Die Stimmen werden getrennt gezählt nach nationalen und internationalen Stimmen (internationale Stimmen beinhalten auch die nationalen Stimmen). Nationale Stimmen sind die Stimmen, die von Wählern in dem Staat abgegeben werden, in dem ein Unternehmen seinen Hauptsitz hat. Über nationale Stimmen wird 1 Aufsichtsrats-Platz weniger vergeben als die Hälfte der Plätze.

Beispiel: Ein Aufsichtsrat hat 15 Mitglieder, also 5 Mitglieder von der Gruppe Bevölkerung. 2 der 5 Mitglieder werden über nationale Stimmen verteilt, 3 über internationale Stimmen.

Außerdem wird ein Verfahren verwendet, das bewirkt: Wenn eine Partei in einem Aufsichtsrat schon einen Sitz über nationale Stimmen bekommen hat, wird es weniger wahrscheinlich, dass sie in diesem Aufsichtsrat auch einen Sitz über internationale Stimmen bekommt (Details siehe in Anhang C.1.d).

- f)** Der Stimmen-Anteil pro Staat könnte beschränkt werden auf maximal 12,5% (= ein 8el). Bei sehr großen Staaten (z.B. Indien) kann dann als Ausgleich die Anzahl der Unternehmen dieses Staates verringert werden, für die Aufsichtsrats-Plätze durch internationale Stimmen besetzt werden.
Beispiel: Ein Staat hat 25% der Bevölkerung und 20% der Unternehmen. Bei den 7,5% (20%-12,5%=7,5%) dieser Unternehmen, die international am wenigsten begehrt sind, werden die Aufsichtsrats-Plätze nur über Stimmen besetzt, die aus diesem Staat kommen. (Wären es statt 20% nur 8%, bliebe es bei 12,5% Anteil an den internationalen Stimmen.)
- g)** Die Wahl der Aufsichtsrats-Mitglieder der Gruppe Bevölkerung findet statt zum Ende eines jeden Jahres (für etwa 4 Jahre): für Aufsichtsräte, deren Mitglieder der Gruppe Anteilseigner in den Monaten davor oder danach gewählt werden.

Ergänzende Regelungen zu 4.1 sind in **Anhang C**.

4.2 Arbeitnehmer: Verteilung von 1/3 der Aufsichtsrats-Plätze durch sie (+ Sonderfälle)

a) Mindestens die Hälfte bis maximal alle außer 1 der Arbeitnehmer-Vertreter werden von den Arbeitnehmern des Unternehmens gewählt.

- Nur die Hälfte sind es dann, wenn es einen Einzelfall gibt entsprechend dem 2. Punkt bei b).
- Den Arbeitnehmern des Unternehmens steht es frei, ob sie diese Vertreter von innerhalb des Unternehmens oder von außerhalb wählen. Damit können sie z.B. flexibel mal mehr und mal weniger externe Gewerkschafter wählen.

b) Mindestens 1 bis maximal die Hälfte der Arbeitnehmer-Vertreter wird von Gewerkschaften gewählt:

- Direkt von Gewerkschaften gewählt wird standardmäßig mindestens 1 Vertreter.
- Es macht Sinn, dass in besonderen Fällen die Hälfte der Arbeitnehmer-Vertreter direkt von Gewerkschaften gewählt werden. Beispiel: Finanz-Unternehmen mit besonders gut verdienenden Arbeitnehmern. Solche Unternehmen können einen großen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben und damit auf die große Anzahl schlechter verdienender Arbeitnehmer in anderen Unternehmen. Die Interessen dieser schlechter verdienenden Arbeitnehmer werden durch den direkten Zugriff der Gewerkschaften gestärkt.
Damit die Hälfte der Arbeitnehmer-Vertreter direkt durch Gewerkschaften gewählt sind (zum Nutzen siehe auch „4.4 Aufsichtsrats-Vorsitz“), kann dies in Einzelfällen in Gewerkschafts-Versammlungen mit 2/3-Mehrheit durchgesetzt werden:
 - ohne Zeitbegrenzung in einer zentralen internationalen Versammlung
 - oder mit Zeitbegrenzung in einer kleineren, untergeordneten Versammlung; dort soll auch schneller entschieden werden können.

Eine vorgezogene Neuwahl ist nicht nötig: Aus dem Ergebnis der letzten Wahl der Arbeitnehmer-Vertreter ergeben sich sowohl die Kandidaten für zusätzliche Plätze für die direkt durch Gewerkschaften gewählten Vertreter, als auch die Vertreter gemäß a), die ihren Aufsichtsrats-Platz verlieren.

Für diese Einzelfälle gilt außerdem: Im Aufsichtsrat wird eine ungerade Anzahl von Arbeitnehmer-Vertretern verringert zu einer geraden Anzahl, es wird also 1 Arbeitnehmer-Vertreter weniger: Wenn ein Aufsichtsrat z.B. normalerweise 5 Arbeitnehmer-Vertreter hat, bleiben nun nur 4 Arbeitnehmer-Vertreter, davon 2 direkt von Gewerkschaften gewählt.

c) Abweichend von a) und b) könnte es eine zusätzliche Regelung geben für Unternehmen mit großem finanziellen Wert, die nur sehr wenige Arbeitnehmer haben: Die Arbeitnehmer haben nur 1 Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat, und zwar einen, der direkt von Gewerkschaften gewählt wurde. Und die Anteilseigner bekommen einen zusätzlichen Sitz.

Beispiel: Das Verhältnis Anteilseigner:Arbeitnehmer:Bevölkerung ist statt 3:3:3 nun 4:1:3.

Siehe auch 4.4.

4.3 Anteilseigner: viele unterschiedliche Wahlverfahren möglich

Das Wahlverfahren kann unterschiedlich sein in verschiedenen Staaten. Es kann im gleichen Staat unterschiedlich sein für verschiedene Unternehmens-Formen. Als Beispiel sind hier 2 Extreme genannt:

Beispiel 1: Eine einzige Person hat die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens und entscheidet alleine, welche Anteilseigner-Vertreter in den Aufsichtsrat kommen.

Beispiel 2: Das Unternehmen ist im Besitz der dort arbeitenden Arbeitnehmer. Diese Arbeitnehmer wählen also alle Anteilseigner-Vertreter sowie die Arbeitnehmer-Vertreter gemäß 4.2.a in den Aufsichtsrat.

4.4 Aufsichtsrats-Vorsitz

Es ist eine Stimmgleichheit im Aufsichtsrat möglich (unter Berücksichtigung von 4.2.b und 4.2.c) zwischen

- einerseits allen Anteilseigner-Vertretern zusammen mit jenen Arbeitnehmer-Vertretern, welche nur von den Arbeitnehmern des betreffenden Unternehmens gewählt werden,
- und andererseits allen Bevölkerungs-Vertretern zusammen mit jenen Arbeitnehmer-Vertretern, welche auch von Arbeitnehmern von außerhalb des betreffenden Unternehmens gewählt werden.

Dieses Patt wird aufgelöst mit:

1. Wenn es keine 2/3-Mehrheit für einen Aufsichtsrats-Vorsitzenden gibt, wird dieser alleine von den Vertretern der Gruppe Bevölkerung gewählt (sie sind die neutralste Gruppe).
Wenn es in der Gruppe Bevölkerung nach 2 Wahlgängen keine Mehrheit für einen Kandidaten gibt, dann geht dieses Wahlrecht auf eine der anderen beiden Gruppen über.
2. Bei Stimmen-Gleichheit hat der Vorsitzende eine zusätzliche Stimme bei einer Wiederholung der Abstimmung.

(Alternative Lösung: Bei Stimmgleichheit haben alle Vertreter der Gruppe Bevölkerung eine zusätzliche Stimme bei einer Wiederholung der Abstimmung.)

4.5 alternative und direktere Verfahren

- Vielleicht sollte es zusätzlich ein alternatives Wahlverfahren geben, bei dem es die Gruppe Bevölkerung nicht gibt. Dies könnte sinnvoll sein für Unternehmen, deren zentrale Aufgaben Meinungsbildung und Informations-Vermittlung sind. Siehe Anhang D.1.
- Bei einigen Unternehmen könnte der Wunsch bestehen, Entscheidungen wie z.B. die Vorstandswahl nicht indirekt über den Aufsichtsrat zu machen, sondern über direkte Wahlen und Entscheidungen. Zu Möglichkeiten hierzu siehe Anhang D.2.

5. Durchsetzung

5.1 Europa

Zunächst einmal muss der Kern dieses Vorschlags (siehe Einleitung) breit diskutiert werden. Dann kann darauf hingearbeitet werden, dass in der EU ein Gesetz beschlossen wird, das Elemente dieses Vorschlags hat. Dieses Gesetz könnte beschlossen werden im Rahmen der „verstärkten Zusammenarbeit“, die für mindestens 9 EU-Staaten zusammen angewendet wird. Für den Anfang könnte in vielen EU-Staaten gelten:

- Die Bevölkerung kommt als 3. Gruppe in die Aufsichtsräte großer Unternehmen.
- **Standardmäßig** ist das Stimmenverhältnis der 3 Gruppen bei den größten Unternehmen im Aufsichtsrat $\frac{1}{2} : \frac{1}{4} : \frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2} : \frac{1}{3} : \frac{1}{6}$, also mit $\frac{1}{2}$ **für die Anteilseigner**; vielleicht ergänzt um ein zusätzliches "neutrales" Aufsichtsrats-Mitglied, das gewählt wird mit einer Mehrheit in allen 3 Gruppen des Aufsichtsrats.
- **Unter bestimmten Voraussetzungen** allerdings haben alle 3 Gruppen $\frac{1}{3}$ der Stimmen:
 - wenn ein Unternehmen mehrheitlich in staatlichem Besitz ist;

- wenn ein Unternehmen besondere staatliche Unterstützung in Anspruch nimmt;
- oder wenn ein Unternehmen dies freiwillig einführt. Diese Freiwilligkeit kann z.B. dadurch gefördert werden, dass es unterschiedliche Steuersätze bei der Unternehmens-Besteuerung gibt, je nach dem Grad an Mitbestimmung eines Unternehmens. Oder dadurch, dass der Grad der Mitbestimmung bei Einkäufen berücksichtigt wird.

Das oben genannte EU-Gesetz sollte später aufgehen in eine Rechts-Grundlage, die international unabhängig von der EU existiert und auch in Staaten außerhalb der EU gilt.

5.2 Einkäufe durch Staat und private Kunden

Der Staat bei öffentlichen Aufträgen und private Kunden bei privaten Einkäufen können Einfluss nehmen, indem sie

- Unternehmen mit viel Mitbestimmung bevorzugen, wenn es eine Wahl gibt nur zwischen großen Unternehmen;
- Unternehmen bevorzugen, deren große Zulieferer (an Gütern und Dienstleistungen) zu einem möglichst großen Anteil viel Mitbestimmung haben.

Eine Hilfe bei der Auswahl könnten Ranglisten und Bewertungen im Internet oder in Zeitschriften sein über Produkte, Hersteller, Händler und Dienstleister. Informationen hierfür über Zulieferer, Menschenrechte, Ökologie usw. können Medien und Organisationen auch von Aufsichtsrats-Mitgliedern bekommen, die von der Gruppe Bevölkerung sind:

- Diese Informationen können politische Ziele von Parteien und politischen Gruppen unterstützen (deren Kandidaten Mitglieder in Aufsichtsräten sind als Vertreter der Gruppe Bevölkerung); deshalb sind sie interessiert, Informationen weiterzugeben (besonders interessant: Unterschiede bei Aussagen bei den verschiedenen politischen Richtungen).
- Die Vertreter der Gruppe Bevölkerung sind weniger geneigt als die Vertreter der Anteilseigner, etwas zu verharmlosen oder zu verschweigen.
- Es ist naheliegend, dass die meisten Parteien und politischen Gruppen, die in Aufsichtsräten vertreten sind, Standards für ihre Informations-Arbeit entwickeln. Dies erhöht wiederum die Vergleichbarkeit der Aussagen aus verschiedenen Unternehmen.

5.3 Unternehmen aus Staaten ohne diese Mitbestimmung

Wenn viele Staaten und private Kunden bei ihren Einkäufen Unternehmen mit dieser Mitbestimmung bevorzugen, dann kann dies für Unternehmen aus Staaten ohne diese Mitbestimmungs-Gesetze ein Argument sein, bei sich eine solche Mitbestimmung einzuführen.

Für solche Unternehmen sind spezielle Regelungen notwendig:

- Das Drittel der Aufsichtsrats-Mitglieder, das besetzt wird von den Vertretern der Gruppe Bevölkerung, wird etwas anders gewählt: Bei der Wahl gemäß 4.1 gibt es keine nationale Auszählung der Stimmen (trotzdem können Aufsichtsrats-Kandidaten aus dem Staat dieses Unternehmen kommen).
- Durch einen Beschluss der Hauptversammlung des Unternehmens wird diese Mitbestimmung in der Unternehmens-Satzung festgeschrieben.

Anhang:

A. Eigentum und Verfassung/Grundgesetz

Beim Eigentum können bezüglich großer Unternehmen 2 Bereiche unterschieden werden:

- der Besitz eines Anteils an einem Unternehmen ("vermögensrechtliches Element");
- das Recht, die Entscheidungen eines Unternehmens zu beeinflussen ("mitgliedschaftsrechtliche Befugnisse").

In einem Urteil zur Mitbestimmung hat das deutsche Verfassungsgericht in Zusammenhang mit §14 ("Eigentum,...") des Grundgesetzes geschrieben:

*Hinsichtlich der Eigentumsgarantie sind jedoch im Wesentlichen nur die **mitgliedschaftsrechtlichen** Befugnisse der Anteilseigner betroffen, während das **vermögensrechtliche** Element des Anteilseigentums nicht berührt ist. Außerdem fällt der nur **wenig ausgeprägte personale Bezug** der Anteilsrechte in ihrer mitgliedschaftsrechtlichen Bedeutung ins Gewicht*

(Aus der Begründung eines Urteils von 1999 zur Montan-Mitbestimmung; siehe BverfG, 1 BvL 2/91 vom 2.3.1999, Absatz-Nr. 77, <http://www.bverfg.de>.)

Siehe auch ein Urteil von 1979 zum Mitbestimmungsrecht von 1976; BverfGE 50, 290 [341 ff.]

B. zu 1.2 ("...existierenden Verfahren in deutschen Unternehmen,...")

B.1 Bei der genannten Regelung (aus dem Mitbestimmungs-Gesetz von 1976) ist noch zu ergänzen: Zu den Arbeitnehmer-Vertretern gehört auch ein(e) Vertreter(in) der Gruppe der leitenden Angestellten.

B.2 Ein Sonderfall ist die Montan-Mitbestimmung. Die Montanmitbestimmung gilt für große Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie, sofern dieser Unternehmensbereich mindestens 20% ausmacht. Sie hat folgende Regelung:

Im Aufsichtsrat haben Anteilseigner und Arbeitnehmer gleich viele Stimmen, zusätzlich wird von beiden Gruppen gemeinsam eine "neutrale" Person gewählt.

Man könnte diese Regelung auf alle Unternehmens-Felder ausweiten.

Auch diese Regelung hat Nachteile gegenüber meinem Vorschlag:

- z.B. bei "Finanz-Unternehmen mit besonders gut verdienenden Arbeitnehmern" (vergleiche 4.2). Solche Unternehmen können einen großen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben und damit auf die große Anzahl schlechter verdienender Arbeitnehmer in anderen Unternehmen. Durch die Montan-Mitbestimmung können diese schlechter verdienenden Arbeitnehmer und die Gesellschaft keinen Einfluss ausüben; durch meinen Vorschlag dagegen schon.
- Gesellschaftliche Interessen, die im Konflikt "Anteilseigner gegen Arbeitnehmer" nur nachrangige Bedeutung haben, werden nicht angemessen berücksichtigt.
- Viele der in 2.2 genannten Vernetzungen und Wirkungen zur Demokratisierung der Wirtschaft werden damit nicht erreicht.

Zu ergänzen ist: Die "neutrale" Person wird laut Gesetz nicht völlig neutral gewählt; über eine Regelung, die zweimal über ein Gericht geht, können die Anteilseigner ohne die Arbeitnehmer entscheiden.

C. Ergänzende Regelungen zu 4.1 (zum Wahlverfahren bei der Bevölkerung)

Wo in C. "Partei" steht ist gemeint "Partei oder politische Gruppe".

C.1 Um eine **Benachteiligung kleinerer** Parteien auszugleichen, wird folgende Korrektur durchgeführt (einführend siehe auch 4.1.d).

a) Ohne Korrektur ist möglich:

	Für alle Aufsichtsräte zusammen:		Differenz
	Stimmen	Plätze (Soll → Ist)	
Partei A	7.000	7 → 0	-7
Partei B	13.000	13 → 3	-10
Partei C	23.000	23 → 28	+5
Partei D	27.000	27 → 31	+4
Partei E	30.000	30 → 38	+8

Die Parteien A und B haben zu wenig Aufsichtsrats-Plätze, die Parteien C, D und E haben zu viele Plätze.

b) Die Parteien A und B bekommen mehr Aufsichtsrats-Plätze, die Parteien C, D und E bekommen weniger Plätze.

Eine Partei mit zu wenigen Aufsichtsrats-Plätzen (Partei A oder B) bekommt diese zusätzlichen Plätze für jene Aufsichtsräte, in denen der **Stimmen-Unterschied prozentual am kleinsten** ist zwischen einer Kandidaten-Liste dieser Partei und den Stimmen pro Sitz einer Kandidaten-Liste der Partei C, D oder E.

Beispiel für die Parteien B und E:

	Aufsichtsräte					
	1	2	3	4	5	6
Stimmen Partei B	300	300	400	500	600	300
Stimmen Partei E	1200	1300	900	600	1000	500
Vorläufige Sitze der Partei E	1	2	1	1	1	1
Stimmen pro Sitz der Partei E	1200	650	900	600	1000	500
$(E-B) \cdot 100 / E$ Stimmen-Unterschied	75%	54%	56%	17%	40%	40%

Bei Aufsichtsrat 4 ist der Stimmen-Unterschied am kleinsten (mit 17%). Partei B hat auf diesen Aufsichtsrats-Platz gegenüber Partei E den größten Anspruch; falls es keine Ausnahme gemäß C.1.c gibt.

Im Prinzip lässt sich das so nutzen: Es wird eine Gesamt-Rangliste dieser Stimmen-Unterschiede erstellt, die für alle Aufsichtsräte und Parteien zusammen gilt. Von Platz 1 dieser Liste abwärts werden dann Aufsichtsrats-Plätze umverteilt, unter Berücksichtigung der Ausnahmen in C.1.c. Man braucht aber keine Gesamt-Rangliste, es ist ausreichend und bezüglich Umverteilungen nachvollziehbarer, wenn es mehrere **Ranglisten** gibt, jeweils für nur etwa 10 bis 20 Aufsichtsräte. Um einen Aufsichtsrat / ein Unternehmen einer bestimmten Rangliste zuzuteilen, gibt es verschiedene Möglichkeiten:

- Unternehmen aus dem gleichen Staat oder der gleichen Region kommen zunächst in die gleiche Rangliste.
- Die 10 Unternehmen mit dem größten finanziellen Wert (z.B. Aktienwert oder Umsatz) kommen in die gleiche Rangliste. Für etwas kleinere Unternehmen (Platz 11-20, 21-30) gilt ähnliches.
- Unternehmen mit ähnlichen Geschäftsfeldern kommen in die gleiche Rangliste.

c) Zu C.1.b gibt es folgende **Ausnahmen**:

Eine Partei mit zu wenigen Aufsichtsrats-Plätzen (Partei A oder B) bekommt den Aufsichtsrats-Platz nicht,

- wenn ihre Stimmen, die noch nicht für andere Aufsichtsrats-Plätze genutzt wurden, weniger sind als die Stimmen, die der erste Inhaber des Aufsichtsrats-Platzes bekommen hat;

- oder wenn eine andere Partei mit zu wenig Aufsichtsrats-Plätzen mehr Stimmen für diesen Aufsichtsrat hat *und* den Aufsichtsrats-Platz gemäß C.1.b bekommt;
- oder wenn eine Partei mit zu vielen Aufsichtsrats-Plätzen ihre überschüssigen Plätze (z.B. die 5 Plätze von Partei C gemäß C.1.a) schon vorher über eine Rangliste abgegeben hat;
- oder wenn sie schon einen Platz im gleichen Aufsichtsrat hat;
- oder (in kleineren Aufsichtsräten) wenn die Partei, die einen Platz verlieren soll, im gleichen Aufsichtsrat schon einen Platz durch C.1.b verloren hat;
- oder wenn ihre Kandidaten-Liste weniger als 5% der Stimmen in dem Aufsichtsrat hat;
- oder gemäß C.2.b;
- oder gemäß C.4.

d) Zu berücksichtigen ist auch die in 4.1.e genannte Aufteilung in nationale und internationale Stimmen. Für die nationalen Stimmen wird das Verfahren aus C.1.b zuerst durchgeführt. Wenn danach dieses Verfahren auch für die internationalen Stimmen durchgeführt wird, gilt zusätzlich:

- Die Berechnung von "Stimmen pro Sitz" in C.1.b berücksichtigt auch Sitze, die durch nationale Stimmen erreicht wurden.
- Um zu berechnen, wie viele Sitze eine Partei einer Rangliste zu viel oder zu wenig hat: Die Gesamtzahlen der Sitze (für jede Partei einzeln und für alle Parteien einer Rangliste) beinhaltet nicht nur die über internationale Stimmen zu vergebenden Sitze, sondern auch die über nationale Stimmen zu vergebenden Sitze. Sitze, die über nationale Stimmen erreicht wurden, können nicht mehr genommen werden.

e) Weitere Punkte:

- In einer Kandidaten-Liste: Der erfolglose Kandidat einer Liste, der nach einem erfolgreichen Kandidaten dieser Liste die meisten Stimmen hatte, ist Stellvertreter für den Aufsichtsrat.
- Auch eine kleine Partei kann mehr Aufsichtsrats-Plätze bekommen, als es ihrem Stimmenanteil für alle Aufsichtsräte einer Rangliste zusammen entspricht; vor allem wenn sie in gemeinsamen Kandidaten-Listen mehrerer Parteien antritt. Eine kleine Partei verliert in der gleichen Weise Aufsichtsrats-Plätze, wie die großen Parteien C, D und E aus C.1.b.

C.2 gemeinsame Kandidaten-Listen mehrerer Parteien:

- a. Damit für C.1 die Anzahl der Stimmen einer Partei für alle Aufsichtsräte zusammen ermittelt werden kann: Jeder Kandidat ist gekennzeichnet als Vertreter einer Partei oder mehrerer Parteien. Wenn ein Kandidat gekennzeichnet ist als Vertreter mehrerer Parteien, dann werden seine Stimmen diesen Parteien zu gleichen Teilen zugeschrieben.
- b. Wenn ein Sitz, der durch eine gemeinsame Kandidaten-Liste gewonnen wurde, durch C.1.b wieder verloren wird, so ist dies nur möglich, wenn alle Parteien dieser Kandidaten-Liste zusammen in allen Aufsichtsräten einer Rangliste zusammen mehr Aufsichtsrats-Plätze haben, als es ihnen prozentual zusteht (es kommt also nicht allein auf die Partei an, der der betroffene Kandidat zugeordnet ist).

C.3 Für die Aufsichtsrats-Plätze, die mit nationalen Stimmen gewählt werden (vergleiche 4.1.e), gilt folgende Sonderregelung:

Mit einer 2/3-Mehrheit in einer internationalen parlamentarischen Versammlung (siehe C.7.a) und mit über ½ der Stimmen eines Staaten-Gremiums kann entschieden werden, dass für einzelne Unternehmen die Platzvergabe über nationale Stimmen entfällt. Die bisher nationalen Plätze werden dann international vergeben.

Beispiel für Anwendung: Ein großes internationales Unternehmen hat seinen Hauptsitz in einem kleinen Staat, der in großer finanzieller Abhängigkeit von diesem Unternehmen ist. Dadurch hat dieses Unternehmen einen großen Einfluss auf die Regierung, die Bevölkerung und die Gesetzgebung, wodurch es unfaire Vorteile erreicht gegenüber Unternehmen, die ihren Hauptsitz in anderen Staaten haben.

C.4 Im Zusammenhang mit 4.2 ("Finanz-Unternehmen mit besonders gut verdienenden Arbeitnehmern") und 4.4 steht die folgende Regelung. Sie verhindert, dass Parteien, die den Anteilseignern besonders nahe stehen, sich gegen eine große Mehrheit anderer Parteien durchsetzen können.

Bei der Wahl zu einem Aufsichtsrat bekommt eine Kandidaten-Liste alle Sitze, wenn sie eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt:

- die Kandidaten-Liste hat mindestens $\frac{3}{4}$ der Stimmen
- oder die Kandidaten-Liste hat mindestens $\frac{2}{3}$ der Stimmen und ist eine gemeinsame Liste von Parteien, die in einer internationalen parlamentarischen Versammlung (siehe C.7.a) zusammen mindestens $\frac{2}{3}$ aller Delegierten haben.

Zum Vergleich: Es ist nicht ungewöhnlich, wenn in der Hauptversammlung eines Unternehmens alle Aufsichtsrats-Mitglieder der Anteilseigner gewählt werden können mit einfacher Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals.

C.5 Neben den positiven Stimmen für Aufsichtsrats-Kandidaten könnte es auch **negative Stimmen gegen** Aufsichtsrats-Kandidaten bei der Wahl geben. Pro 2 Stimmen **für** Kandidaten könnten Wähler 1 Stimme **gegen** einen Kandidaten haben.

Beispiel 1: Eine Wahlberechtigte kann 100 positive Stimmen und 50 negative Stimmen verteilen. Wenn sie nur 80 der 100 positiven Stimmen verwendet, kann sie nur 40 negative Stimmen verteilen.

Beispiel 2: Ein Kandidat bekommt 500 positive Stimmen und 200 negative Stimmen. Insgesamt hat der Kandidat damit 300 Stimmen. Hat ein Kandidat 500 positive Stimmen und 600 negative Stimmen, werden alle 600 Stimmen (und nicht nur 500) bei der Stimmenzahl der Kandidaten-Liste abgezogen, der der Kandidat angehört.

Vorteile dieser Regelung:

- Es werden Kandidaten gestärkt,
 - die über die eigenen Wähler hinaus Akzeptanz haben,
 - die außerhalb der eigenen Wählerschaft nicht stark abgelehnt werden.
- C.4 kann entfallen.

C.6 Wenn für einen Aufsichtsrat besonders wenige Stimmen abgegeben wurden, dann sollten wohl zu zufällige und einseitige Ergebnisse verhindert werden. Deshalb:

In solch einen Aufsichtsrat werden Vertreter aus den Parteien entsandt, die für alle Aufsichtsräte zusammen die meisten Stimmen haben von den Wählern, die in dem Staat ihre Stimme abgeben, in dem das Unternehmen seinen Hauptsitz hat. Diese Vertreter müssen keine Kandidaten der Aufsichtsrats-Wahl gewesen sein.

- Dies gilt nicht für Einzelfälle gemäß C.3. In solchen Fällen gibt es keine Grenze für "besonders wenige Stimmen", sie dürfte in diesen Fällen auch nicht nötig sein.

"Besonders wenige Stimmen" könnte z.B. bedeuten, dass der Aufsichtsrat eines Unternehmens weniger als etwa 10-20% der Stimmen bekommt, die für ein Unternehmen der gleichen Größe und der gleichen Region durchschnittlich abgegeben werden.

C.7 Weitere Punkte:

a) In C.3, C.4 und C.7.b ist eine internationale parlamentarische Versammlung genannt, in C.3 auch ein Staaten-Gremium. Dies können zum einen die Institutionen sein, die in 2.2.d genannt sind. Allerdings in einer früheren Stufe entsprechend "5.1 Europa" werden stattdessen europäische Institutionen verwendet.

b) Eine internationale parlamentarische Versammlung (siehe C.7.a) wählt ein Menschenrechts-Gremium, das bei Menschenrechts-Verstößen die Mitbestimmung der Bevölkerung einzelner Staaten verringern kann (bezüglich 4.1 bei internationaler Wahl; bezüglich der parlamentarischen Versammlung aus C.7.a). Ein verurteilter Staat verliert pro Jahr z.B. bis zu 5% des normalen Stimmen-Anteils seiner Bevölkerung. Ein größerer Teil kann abgezogen werden, wenn sich nach

diesem Gremium auch die parlamentarische Versammlung dafür mit 2/3-Mehrheit ausspricht. Mitglieder der parlamentarischen Versammlung, die die Staatsangehörigkeit des betroffenen Landes haben, können keine Stimme abgeben.

D. alternative und direktere Wahl- und Entscheidungsverfahren

D.1 Presse / Medien / Nachrichten: Damit unterschiedliche Meinungen und Sichtweisen besser dargestellt werden können, könnte es sinnvoll sein, dass diese 3-Gruppen-Mitbestimmung nicht in allen großen Medienunternehmen angewendet wird. Falls es eine solche Ausnahme geben soll (als freiwillige Alternative), dann muss sie etwa folgende Beschränkungen haben, damit eine Machtkonzentration auf wenige Personen verhindert wird:

- Das Unternehmen muss eine Genossenschaft sein, d.h. jeder Genosse hat die gleiche Anzahl von Stimmen. Wer also eine größere finanzielle Einlage macht, hat nicht mehr Stimmen. (Ergänzend: Für Genossenschaften in anderen Unternehmens-Bereichen wird weiterhin nur die 3-Gruppen-Mitbestimmung angewandt.)
- Ein großes Unternehmen muss mindestens 100.000 Genossen haben. Oder detaillierter:

	große Unternehmen	mittelgroße Unternehmen
Genossen	über 100.000	10.000 bis 100.000
Arbeitnehmer	über 1000	100 bis 1000
finanzielle Werte	über A	1/10 A bis A

Um als großes oder mittelgroßes Unternehmen eingeordnet zu werden: neben der Zahl der Genossen muss **entweder** die Zahl der Arbeitnehmer **oder** ein finanzieller Wert erreicht werden.

- Die zentrale Aufgabe des Unternehmens muss Informations-Vermittlung und Meinungsbildung sein.

D.2 direkte + indirekte Abstimmungen bei der 3-Gruppen-Mitbestimmung: Bei einigen Unternehmen kann es den Wunsch geben, bei einigen Abstimmungen nicht im repräsentativen Aufsichtsrat zu entscheiden, sondern einen direkt-demokratischen Weg zu gehen. Möglichkeiten hierzu:

- Z.B. bei der Wahl des Unternehmens-Vorstands könnten die Anteilseigner und die Arbeitnehmer des Unternehmens selbst wählen. Ihre Stimmen werden gewichtet entsprechend ihrem Stimmenverhältnis im Aufsichtsrat.
- Ein solches Verfahren ist nicht sinnvoll bei den Bevölkerungs-Vertretern und bei den Arbeitnehmer-Vertretern gemäß 4.2.b. Für diese sind als Alternativen möglich:
 - Sie nehmen wie bisher ihr Stimmrecht im Aufsichtsrat wahr
 - oder sie können ihr Abstimmungsrecht freiwillig abgeben. Z.B. kann jeder Bevölkerungs-Vertreter freiwillig für bestimmte Abstimmungen sein Abstimmungsrecht an alle Anteilseigner abgeben. So kann einzeln für jedes Unternehmen darauf reagiert werden, ob eher eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Anteilseignern angebracht ist (z.B. weil das Unternehmen eine Genossenschaft ist und ein großer Anteil der Wähler eines Bevölkerungs-Vertreter Genossen und deren Verwandte und Bekannte sind) oder eher eine größere Distanz zu ihnen.

D.3 lokale Versorgungsunternehmen für Energie und Wasser: Bei diesen kann abgewogen werden, ob eher D.1 oder D.2 angemessen ist (beide Alternativen sind auch für Unternehmen in kommunalem Besitz möglich). Es könnte an eine Lösung ähnlich wie in D.1 gedacht werden, die Verbraucher entsprächen dann den Genossen. Auf diesem Weg könnten die Verbraucher z.B. den Vorstand direkt wählen. Allerdings werden Energie und Wasser oft nicht an den Orten gewonnen, wo die Kunden eines Versorgungsunternehmens wohnen. Dies spricht eher für die Anwendung von D.2, da über die

Bevölkerungs-Vertreter auch die Menschen vertreten werden können, die bei den Quellen von Energie und Wasser wohnen.

E. ergänzende Punkte

Für E.1 bis E.3 kann zusätzlich die direktere Mitbestimmung gemäß D.2 angewandt werden.

E.1 Unternehmensgewinn: Der Aufsichtsrat entscheidet über die Verwendung des Unternehmensgewinns.

E.2 Kapitalerhöhung und -herabsetzung (z.B. Ausgabe neuer Aktien): Hierfür sind Mehrheiten nötig im Aufsichtsrat und der Anteilseignerversammlung.

E.3 Verlagerung des Hauptsitzes eines Unternehmens in ein anderes Land: Hierfür sind Mehrheiten nötig im Aufsichtsrat und der Anteilseignerversammlung.

Michael Kox

Version vom 1.5.2017

In anderen Sprachen:

Englisch: www.mitbestimmung.eu/english

Esperanto: www.mitbestimmung.eu/esperanto